

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 13/2300 –

Landeshaushaltsgesetz 1998/1999 (LHG 1998/1999)

Ausbildung statt Warteschleife

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Programm aufzulegen, das berufsbildenden Schulen die Möglichkeit eröffnet, an den Schulen und insbesondere auch gemeinsam mit anderen Institutionen anerkannte berufliche Abschlüsse erwerben zu können.

Das Programm wird ausgeschrieben, und die berufsbildenden Schulen können sich unter Vorlage entsprechender Konzepte um Mittel aus diesem Programm bewerben.

Die von den berufsbildenden Schulen zu erarbeitenden Konzepte sollen folgenden Vorgaben entsprechen:

- Die berufsbildenden Schulen sollen in der Regel in Arbeitsamtsbezirken mit mangelndem Ausbildungsplatzangebot liegen.
- Die Schulen sollen die anerkannten beruflichen Ausbildungsgänge und Abschlüsse möglichst gemeinsam mit Betrieben und Verwaltungen in einem Ausbildungsverbund, der Arbeitsverwaltung, den Kammern und anderen sozialen Trägern und Initiativen, die im Bereich Ausbildung und Qualifizierung von Jugendlichen arbeiten, durchführen.
- Die Zuschüsse dürfen für Personal-, Sach- und Investitionsausgaben verwendet werden, die unmittelbar für die zusätzliche berufliche Ausbildung junger Menschen eingesetzt werden.
- Die Zuschüsse werden insbesondere für berufliche Ausbildungen junger Frauen, in neuen Ausbildungsfeldern und beruflichen Ausbildungen mit besonderem regionalen Bezug und guten Perspektiven für den Einstieg ins Berufsleben gewährt.

Begründung:

34 141 junge Menschen haben sich laut Statistik des Landesamts 1997 um einen Ausbildungsplatz beworben. Dem stehen nach den Angaben der Kammern 28 346 im Jahr 1997 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gegenüber. Dies bedeutet, daß jeder Sechste dieser jungen Menschen keinen Ausbildungsplatz gefunden hat. Eine große Anzahl davon besucht deshalb an den berufsbildenden

Schulen des Landes Klassen des sog. „Berufsvorbereitungsjahres“ oder des „Berufgrundbildungsjahres“. Nach diesem zusätzlichen Jahr (Warteschleife) bewerben sich die jungen Menschen erneut um einen Ausbildungsplatz und erhöhen damit die rasch steigende Zahl der Bewerberinnen und Bewerber aus den Schulabschlußklassen der allgemeinbildenden Schulen.

Mit dem vorgelegten Programm soll den jungen Menschen auch an den berufsbildenden Schulen, insbesondere im Verbund mit Betrieben, die nicht alleine ausbilden können oder wollen, und mit anderen Institutionen, die in der beruflichen Ausbildung tätig sind, vollständige berufliche Ausbildungen angeboten werden. Dafür steht an den berufsbildenden Schulen hochqualifiziertes Personal und eine entsprechende Ausstattung zur Verfügung.

Die vorgesehenen Mittel sollen insbesondere für darüber hinaus notwendiges zusätzliches Personal und zusätzliche Ausstattung der berufsbildenden Schulen eingesetzt werden, um hier zusätzliche praktische und theoretische Ausbildungsinhalte anbieten zu können und die verbundenen Maßnahmeträger zeitlich und fachlich zu entlasten. Die berufsbildenden Schulen sollen mit ihren jeweiligen Partnern in die Lage versetzt werden, den Anstieg der Schülerinnen- und Schülerzahlen in den „Warteschleifen“ des Berufsvorbereitungsjahres und des Berufgrundbildungsjahres wirkungsvoll und mit besseren Perspektiven für die jungen Menschen einzudämmen.

Für die Fraktion:
Guido Dahm